

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Rates am 28.10.2021
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Beteiligungsbericht 2019 Vorlage: SFI/1406/2021	5
3 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31.12.2019 Vorlage: RPA/1409/2021	6
4 Einbringung Jahresabschluss 2020	7
5 2. Bericht zur Finanzsituation 2021 zum 30.09.2021 und coronabedingte Finanzschäden Vorlage: SFI/0511/2021	7
6 Festsetzung des kalkulatorischen Zinssatzes im Gebührenhaushalt Vorlage: SFI/1407/2021	7
7 Einbringung der Haushaltssatzung 2022	7
8 Zustimmung zur Leistung einer außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 83 Abs. 2 GO NRW Vorlage: SFI/1405/2021	8
9 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 I GO NRW über eine überplanmäßige Auszahlung Vorlage: SFI/1404/2021	8
10 Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung der Stadt Meerbusch im Jahr 2020 Vorlage: SFI/1411/2021	8
11 Einschränkung der Aufnahme auswärtiger Schülerinnen und Schüler an der Schulform Gymnasium gem. § 46 Abs. 6 Schulgesetz NRW Vorlage: FB3/1381/2021	9
12 Einschränkung der Aufnahme auswärtiger Schülerinnen und Schüler an der Schulform Grundschule gem. § 46 Abs. 6 Schulgesetz NRW und Festlegung der Zügigkeit gem. § 46 Abs. 3 Schulgesetz NRW Vorlage: FB3/1382/2021	9
13 Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat Vorlage: FB2/1374/2021	10

14	Quartiersentwicklung "RheinEck" - überarbeiteter Letter of Intent zwischen GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen und Stadt Meerbusch Vorlage: FB4/1368/2021	10
15	Musikschuloffensive des Landes Nordrhein-Westfalen Vorlage: FB3/1372/2021	11
16	Mataré-Haus Vorlage: FB3/1395/2021	11
17	Visionsgrundsätze der Digitalstrategie Vorlage: ZD/1386/2021	12
18	Themenschwerpunkte der Digitalstrategie Vorlage: ZD/1388/2021	12
19	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20, Meerbusch-Lank-Latum, "Wohnbebauung Gonella Höfe am Ortseingang Uerdinger Straße Ecke Gonellastraße" 1. Einleitungsbeschluss 2. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) und 4 (1) Baugesetzbuch Vorlage: FB4/1371/2021	13
20	2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 53 A, Meerbusch-Osterath "Feuer- und Rettungswache" 1. Aufstellungsbeschluss 2. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Vorlage: FB4/1367/2021	14
21	Wiederwahl der Schiedspersonen Vorlage: FB1/1398/2021	15
22	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/1422/2021	15
23	Wahl eines persönlichen Stellvertreters für ein stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss Vorlage: BJ/1403/2021	16
24	Wahl von zwei stellvertretenden beratenden Mitgliedern für den Ausschuss für Schule und Sport Vorlage: BJ/1420/2021	16
25	Besetzung von Ausschüssen mit Vertretern des Seniorenbeirates als beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 4 GO NRW Vorlage: BJ/1365/2021	17
26	Anträge	17
26.1	Gemeinsame Resolution aller Fraktionen bzgl. "Modellregion NahFAIRkehr" Vorlage: BJ/0372/2021	17
27	Anfragen	18
28	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	18
29	Termin der nächsten Sitzung: 16. Dezember 2021	19
30	Verschiedenes	20

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer
Es gilt die 3G-Regel!

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Frau Ilona Appel Ratsmitglied

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Markus Frank Ratsmitglied

Frau Berna Giousouf Ratsmitglied

Herr Andreas Harms Ratsmitglied

Herr Fabian Hasebrink Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Frau Norma Köser Ratsmitglied

Herr Jonas Kräling Ratsmitglied

Herr Dr. Felix Nieberding Ratsmitglied

Herr Max Pricken Ratsmitglied

anwesend bis 19:30 Uhr

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Daniel Thywissen Ratsmitglied

Herr Gerd van Vreden Ratsmitglied

Herr Dr. Harald von Canstein Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Michael Billen Ratsmitglied

Herr Dieter Jüngerkes Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Christa Kohn Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

anwesend ab 17:20 Uhr

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Frau Kirsten Danes	Ratsmitglied
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied
Herr Karl Trautmann	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dario Dammer	Ratsmitglied
Frau Monika Driesel	Ratsmitglied
Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Frau Aliina Housden	Ratsmitglied
Frau Silke Hülsemann	Ratsmitglied
Frau Leoni Kanders	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
Herr Torsten Schmitt	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied
Herr Christoph Weigele	Ratsmitglied
Frau Sarah Winter	Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Rita Henning	Ratsmitglied	anwesend ab 17:15 Uhr
-------------------	--------------	-----------------------

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Zacharias Schalley	Ratsmitglied
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak	Ratsmitglied
------------------	--------------

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Michael Assenmacher	Techn. Beigeordneter

Schriftführer

Herr Patrick Wirtz	Referent des Bürgermeisters
--------------------	-----------------------------

es fehlen:

von der SPD-Fraktion

Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
-------------------------	--------------

von der FDP-Fraktion

Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied
-------------------	--------------

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
-------------------------	--------------

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marc Becker	Ratsmitglied
------------------	--------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Bürgermeister Bommers alle anwesenden Mitglieder des Rates, der Verwaltung, der Presse sowie Bürgerinnen und Bürger.

Er weist darauf hin, dass im Zuge der Sitzung gemäß dem einstimmigen Beschluss des Ausschusses für Digitalisierung und Informationstechnologie ein Testlauf für ein Live-Streaming der Sitzung ins Internet durchgeführt werde. Da jedoch zahlreiche Mitglieder des Rates einer Aufzeichnung oder Speicherung von Bild und Ton nicht zugestimmt hätten, werde dieser Testlauf nicht frei abrufbar im Internet gestreamt. Die Unterbrechungen aufgrund der Vielzahl der nicht gegebenen Zustimmungen führten aller Voraussicht nach zu keiner nachvollziehbaren Aufzeichnung der Sitzung für Bürgerinnen und Bürger. Stattdessen erhielten die Ratsmitglieder selbst daher im Nachgang zur Sitzung die Möglichkeit, sich den Stream anzuschauen um anschließend über die Sinnhaftigkeit einer Fortführung in dieser Form beraten zu können.

Zur vorliegenden Tagesordnung bestehen keine Anmerkungen.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Zwei Bürger wenden sich mit Fragen zur geplanten Umgestaltung des Latumer Sees an den Rat der Stadt Meerbusch:

Ein Bürger erkundigt sich, ob in den Entwurf des Haushaltes für 2022 Mittel für die Umgestaltung des Umfeldes eingestellt worden seien.

Technischer Beigeordneter Assenmacher führt hierzu aus, dass zuletzt im Haushalt 2019 Mittel für einzelne Maßnahmen zur Ertüchtigung des Umfeldes in den Haushalt neu eingestellt worden seien. Diese seien in den Folgejahren übertragen worden. Vorbehaltlich der weiteren Haushaltsberatungen für 2022 würden keine zusätzlichen Mittel eingestellt.

Ein weiterer Bürger erkundigt sich, welche Maßnahmen und Ziele bei der Umgestaltung des Latumer Sees verfolgt würden.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass für den Latumer See als sog. Lupenraum im Freiflächenentwicklungskonzept eine besondere Aufwertung vorgesehen sei. Ein entsprechendes Konzept befinde sich derzeit in der Beratung mit politischen Vertretern sowie der Bürgerschaft. Darüber hinaus gebe es das Projekt des Kunstpfades rund um den See, welches durch den Meerbuscher Kulturkreis realisiert werde. Zielsetzung für beide Projekte sei es, den See und sein Umfeld aufzuwerten und für die Bevölkerung zugänglicher zu machen.

2 Beteiligungsbericht 2019 Vorlage: SFI/1406/2021

Beschluss:

Der Beschluss über den Beteiligungsbericht wird in die kommende Sitzung des Rates vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Stadtkämmerer Volmerich berichtet zu den Inhalten der Vorlage.

Ratsfrau Dr. Schomberg erkundigt sich nach der genauen Definition von „Beteiligungen“ und weist darauf hin, dass im Rahmen der überörtlichen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt (gpa NRW) bei der Prüfung der städtischen Beteiligungen von 13 Beteiligungen gesprochen worden sei, im hier vorliegenden Beteiligungsbericht jedoch nur von 9.

Zudem regt sie die Aufstellung eines Gleichstellungsplanes für die Beteiligungen an.

Stadtkämmerer Volmerich erläutert, dass im vorliegenden Beteiligungsbericht nur die bis zum Jahr 2019 bestehenden Beteiligungen berücksichtigt seien. Zudem gebe es rechtliche Unterschiede hinsichtlich der Einstufung der kommunalen Beteiligungen. Die Forderung eines Gleichstellungsplanes sei an die Unternehmen selbst zu richten, dies sei nicht Aufgabe der Stadt Meerbusch.

Ratsfrau Dr. Schomberg beantragt sodann die Vertragung der Beschlussfassung in die kommende Sitzung des Rates. Bis dahin sei zu klären, welche Maßnahmen seitens der Stadt Meerbusch anberaumt werden könnten, um die Gleichstellung in den Unternehmen zu fördern. Zudem sollten die rechtlichen Unterschiede hinsichtlich der Einstufung der kommunalen Beteiligungen aufgezeigt werden.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag auf Vertragung abstimmen.

3 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31.12.2019 Vorlage: RPA/1409/2021

Beschluss:

1. Der Rat stellt gem. § 96 Abs. 1 S. 1 GO NRW den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2019 fest.
2. Der Rat beschließt gemäß § 96 Abs. 1 S. 2 GO NRW den Jahresüberschuss 2019 von insgesamt 2.226.763,92 € in Höhe von 1.159.706,29 € der Allgemeinen Rücklage und in Höhe von 1.067.057,63 € der Ausgleichsrücklage zuzuführen.
3. Die Ratsmitglieder erteilen dem/der Bürgermeister/in für den Jahresabschluss zum 31.12.2019 gemäß § 96 Abs. 1 S. 5 GO NRW uneingeschränkte Entlastung.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1: einstimmig

Zu 2: einstimmig

Zu 3: einstimmig

Bürgermeister Bommers übergibt die Sitzungsleitung zur Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes an die erste stellvertretende Bürgermeisterin Schoppe.

Ratsherr H. Becker berichtet aus den Vorberatungen des Rechnungsprüfungsausschusses.

Sodann lässt die erste stellvertretende Bürgermeisterin Schoppe über die Beschlussvorschläge zu Ziffer 1 bis 3 abstimmen.

4 Einbringung Jahresabschluss 2020

Stadtkämmerer Volmerich führt zum eingebrachten Jahresabschluss 2020 aus.

Er weist darauf hin, dass der außerordentliche Überschuss aus der Möglichkeit der Isolierung coronabedingter Finanzschäden in 2020 resultiere. Dadurch könnten rund 9 Mio. Euro Verlust isoliert werden, obwohl das tatsächliche Ergebnis „nur“ rund 2 Mio. Euro von der Planung abweiche.

5 2. Bericht zur Finanzsituation 2021 zum 30.09.2021 und coronabedingte Finanzschäden Vorlage: SFI/0511/2021

Stadtkämmerer Volmerich führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

6 Festsetzung des kalkulatorischen Zinssatzes im Gebührenhaushalt Vorlage: SFI/1407/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt den kalkulatorischen Zinssatz ab dem Kalkulationsjahr 2022 auf 5,242 % festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Stadtkämmerer Volmerich führt zu den Inhalten der Vorlage aus. Die Festsetzung des kalkulatorischen Zinssatzes entspreche der Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt (gpa NRW). Eine weitergehende Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte sei zwar ebenfalls möglich, die Rechtssicherheit einer solchen Festsetzung jedoch unklar.

Ratsherr Peters erkundigt sich, ob der beabsichtigte Zinssatz der geringstmögliche sei.

Stadtkämmerer Volmerich erläutert hierzu, dass es sich um eine realistische Veranschlagung zur kalkulatorischen Verzinsung handle. Eine weitergehende Erhöhung sei unzulässig, eine Verringerung sei per Beschluss zwar möglich, jedoch nicht empfehlenswert.

7 Einbringung der Haushaltssatzung 2022

Bürgermeister Christian Bommers bringt den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2022 in den Rat ein. Die Haushaltsrede ist als Anlage beigefügt. Im Anschluss daran geht Stadtkämmerer Volmerich auf das konkrete Zahlenwerk ein und gibt hierzu weitergehende Erläuterungen. Die Powerpoint-Präsentation liegt ebenfalls als Anlage bei.

**8 Zustimmung zur Leistung einer außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 83 Abs. 2 GO NRW
Vorlage: SFI/1405/2021**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch stimmt gem. § 83 Abs. 2 GO NRW der Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 250.000 € bei dem Produkt 060.365.010 Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen (Maßnahme 7.060030083.740.001 – 78180000 Investitionskostenzuschuss Kita Lötterfelder Straße) zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Stadtkämmerer Volmerich führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

**9 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 I GO NRW über eine überplanmäßige Auszahlung
Vorlage: SFI/1404/2021**

Beschluss:

Die nachfolgende, am 08. Juli 2021 nach § 60 Abs. 1 GO NRW getroffene, dringliche Entscheidung wird gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt:

Im Wege der Dringlichkeit nach § 60 Abs. 1 GO NRW treffen der Unterzeichner und ein Ratsmitglied anstelle des Rates folgende Entscheidung:

Der Rat der Stadt Meerbusch stimmt gem. § 83 Abs. 2 GO NRW der Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 55.000 € bei dem Produkt 010.111.140 technisches Gebäudemanagement (Maßnahme 7.01012155.710.001 78510000 – Belüftungskonzept Schulen) zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**10 Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung der Stadt Meerbusch im Jahr 2020
Vorlage: SFI/1411/2021**

Ratsherr H. Becker führt aus, dass die Beratung und Beschlussfassung der Vorlage im Rechnungsprüfungsausschuss aufgrund der Umfänge des Berichts und einem damit einhergehenden, weiteren Beratungsbedarf vertagt worden sei.

Eine Beratung und Beschlussfassung in der heutigen Sitzung des Rates findet entsprechend nicht statt.

**11 Einschränkung der Aufnahme auswärtiger Schülerinnen und Schüler an der Schulform Gymnasium gem. § 46 Abs. 6 Schulgesetz NRW
Vorlage: FB3/1381/2021**

Beschluss:

Gemäß § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen wird Schülerinnen und Schülern aus anderen Gemeinden, die in ihrer Wohnsitzgemeinde eine Schule der Schulform Gymnasium besuchen können, die Aufnahme an einem städtischen Gymnasium in Meerbusch verweigert, solange die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität übersteigt.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, im berechtigten Einzelfall auf Antrag der Schulleitung Ausnahmen zuzulassen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	25		
SPD	8		
FDP	4		1
Bündnis 90 / Die Grünen	14		
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Ratsherr Weyen (parteilos)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	56		1

Ratsherr Kräling berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Schule und Sport.

**12 Einschränkung der Aufnahme auswärtiger Schülerinnen und Schüler an der Schulform Grundschule gem. § 46 Abs. 6 Schulgesetz NRW und Festlegung der Zügigkeit gem. § 46 Abs. 3 Schulgesetz NRW
Vorlage: FB3/1382/2021**

Beschluss:

Gemäß § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen wird Schülerinnen und Schülern aus anderen Gemeinden, die in ihrer Wohnsitzgemeinde eine Schule der Schulform Grundschule besuchen können, die Aufnahme an einer städtischen Grundschule in Meerbusch verweigert, solange die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität übersteigt.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, im berechtigten Einzelfall auf Antrag der Schulleitung Ausnahmen zuzulassen.

Gemäß § 46 Abs. 3 Schulgesetz NRW wird die Zügigkeit der Städt. Pastor-Jacobs-Schule ab dem Schuljahr 2022/23 auf zwei Züge festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Rat	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	25		
SPD	8		
FDP	4		1
Bündnis 90 / Die Grünen	14		
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Ratsherr Weyen (parteilos)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	56		1

Ratsherr Kräling berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Schule und Sport.

13 Änderung der Satzung für den Seniorenbeirat
Vorlage: FB2/1374/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt, den § 4 der Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Meerbusch wie folgt zu ändern:

- 1 Vertreter / Stellvertreter aller Meerbuscher Seniorenheime
- 1 Vertreter / Stellvertreter Caritas Neuss und Krefeld
- 1 Vertreter / Stellvertreter Diakonie Meerbusch
- 1 Vertreter / Stellvertreter Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPVW)
- 1 Vertreter / Stellvertreter Arbeiterwohlfahrt
- 3 Vertreter/ Stellvertreter selbstorganisierte Seniorengruppen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Kräling berichtet aus den Vorberatungen des Sozialausschusses.

14 Quartiersentwicklung "RheinEck" - überarbeiteter Letter of Intent zwischen GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen und Stadt Meerbusch
Vorlage: FB4/1368/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den überarbeiteten Letter of Intent (LoI) zwischen den Vertragspartnern GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen und der Stadt Meerbusch zur Quartiersentwicklung „RheinEck“ aufbauend auf dem bisherigen Planungs- und Abstimmungsprozess.

Abstimmungsergebnis:

Rat	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	25		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	14		
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Schalley (AfD)			1
Ratsherr Weyen (parteilos)		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt	55	1	1

Ratsherren Damblon und Kräling berichten aus den Vorberatungen der Fachausschüsse.

Ratsherr Weyen äußert verschiedene Bedenken hinsichtlich einer ausreichenden Sicherung des öffentlich-geförderten Wohnraumes im Quartier.

15 Musikschuloffensive des Landes Nordrhein-Westfalen
Vorlage: FB3/1372/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt, den öffentlich-rechtlichen Zuwendungsvertrag zur Musikschuloffensive NRW zwischen dem Land NRW, vertreten durch die Bezirksregierung Düsseldorf, und der Stadt Meerbusch, vertreten durch Herrn Bürgermeister Christian Bommers, ab 01.01.2022 zunächst befristet bis 31.07.2024 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Dr. Schomberg berichtet aus den Vorberatungen des Kulturausschusses.

16 Mataré-Haus
Vorlage: FB3/1395/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt, eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Meerbusch und dem Eigentümer des Mataré-Hauses abzuschließen.

Über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln wird im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts 2022 ff. entschieden. Bei entsprechender Mittelbereitstellung wird dann ab dem Jahr 2022 beginnend eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Dr. Schomberg berichtet von den Vorberatungen des Kulturausschusses.

Ratsherr Neuhausen dankt der Verwaltung, dass über die Kooperationsvereinbarung eine sehr gute Bestimmung für das Mataré-Haus gefunden würde. Er regt an, die konkreten Inhalte der Vereinbarung im Kulturausschuss zu erörtern.

Erster Beigeordneter Maatz führt aus, dass dies im nächsten Ausschuss noch nicht geschehen könne, da die Inhalte der Vereinbarung auf Grundlage der im Haushalt 2022 eingestellten Mittel beraten würden. Die Details der Vereinbarung könnten aller Voraussicht nach daher im ersten Quartal 2022 im Ausschuss beraten werden.

17 Visionsgrundsätze der Digitalstrategie
Vorlage: ZD/1386/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die entwickelten Visionsgrundsätze für die Erstellung einer Digitalstrategie.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Trautmann berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Digitalisierung und Informationstechnologie.

18 Themenschwerpunkte der Digitalstrategie
Vorlage: ZD/1388/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die entwickelten sieben Themenschwerpunkte für die Erstellung einer Digitalstrategie. Die Themenschwerpunkte lauten Siedlungs-entwicklung, Bildungsstandort, Natur- und Landschaftsraum, Stadtteilzentren, Wirtschaftsstandort und Nahversorgung, Mobilität sowie Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Trautmann berichtet von den Vorberatungen des Ausschusses für Digitalisierung und Informationstechnologie.

Ratsfrau Niegeloh regt die Anpassung des Beschlusses dahingehend an, dass die festgelegten Themenschwerpunkte Teil des Beschlusses werden. Dem wird zugestimmt.

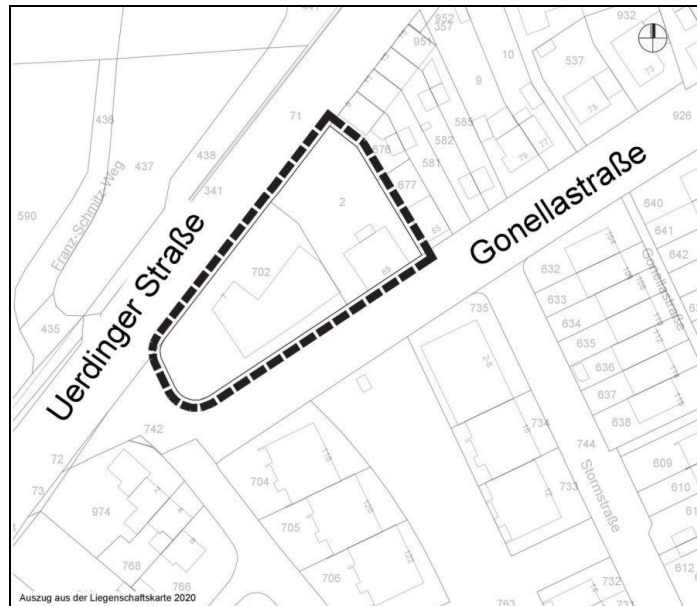
Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Beschlussvorschlag abstimmen.

19 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20, Meerbusch-Lank-Latum, "Wohnbebauung Gonella Höfe am Ortseingang Uerdinger Straße Ecke Gonellastraße"

1. Einleitungsbeschluss

2. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) und 4 (1) Baugesetzbuch

Vorlage: FB4/1371/2021



Beschluss:

1. Für den als Geltungsbereich gekennzeichneten Bereich wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 12 BauGB der Einleitungsbeschluss des Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 20 gefasst. Der Bebauungsplan dient der Schaffung von Planungsrecht für die Errichtung einer Wohnanlage anstelle des früheren Autohauses.
2. Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung durchgeführt. Das Vorhaben dient der Nachverdichtung gem. § 13a (1) BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Zu Ziffer 1:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	25		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen		14	
UWG	1		
Die Fraktion			1
Schalley (AfD)		1	
Weyen (parteilos)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	41	15	1

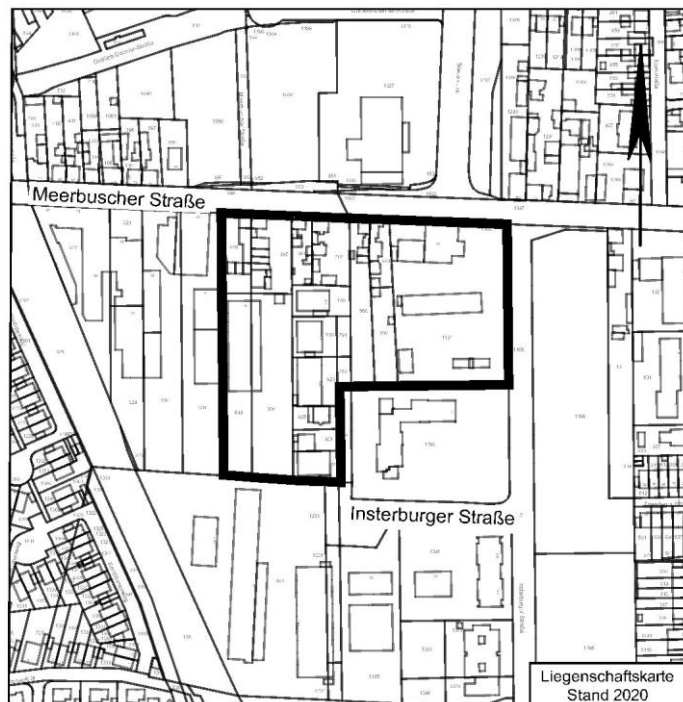
Zu Ziffer 2:

einstimmig

Ratsherr Damblon berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

Ratsherr Peters führt aus, dass seine Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen könne, da die beabsichtigte massive Bauweise die Belange des Klimaschutzes nicht ausreichend berücksichtige.

- 20 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 53 A, Meerbusch-Osterath "Feuer- und Rettungswache"**
1. Aufstellungsbeschluss
2. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit
Vorlage: FB4/1367/2021



Beschluss:

1. Für den im Geltungsbereich gekennzeichneten Bereich an der "Meerbuscher Straße" wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB der Aufstellungsbeschluss für die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 53 A gefasst.

Die Planänderung dient der Erhaltung und Entwicklung des Zentralen Versorgungsbereiches im Meerbuscher Stadtteil Osterath.

Zur Erreichung des städtebaulichen Zieles ist die Änderung des Bebauungsplanes erforderlich, um die Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben so zu steuern, dass diese den Zielen der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes für die Stadt Meerbusch aus dem Jahr 2021 entspricht.

2. Das Verfahren wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt.
3. Der Rat der Stadt Meerbusch nimmt den Lageplan zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Damblon berichtet von den Vorberatungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass eine Bauvoranfrage der Fa. Lidl zur Errichtung eines Discounters im Geltungsbereich vorliege. Entsprechend dem Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes wird diese Bauvoranfrage verwaltungsseitig ggü. der Firma Lidl abgelehnt.

21 Wiederwahl der Schiedspersonen
Vorlage: FB1/1398/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, die bisherige Schiedsperson für den Bezirk Meerbusch 2, Herrn Daniel Bauer, Andreas-Stüttgen-Straße 6, 40670 Meerbusch, für weitere 5 Jahre wiederzuwählen.

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, die bisherige stellvertretende Schiedsperson für den Bezirk Meerbusch 2, Frau Heike Hartmann, Pullerweg 13, 40670 Meerbusch, für weitere 5 Jahre wiederzuwählen.

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, die bisherige stellvertretende Schiedsperson für den Bezirk Meerbusch 3, Frau Sigrid Hilbert, Kaldenberg 21, 40668 Meerbusch, für weitere 5 Jahre wiederzuwählen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

22 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
Vorlage: FB1/1422/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	25		
SPD	8		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	13		1
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Schalley (AfD)	1		
Weyen (parteilos)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	56		1

Erster Beigeordneter Maatz führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Ratsherr Gabernig erkundigt sich, ob die Begrenzung des Bereiches zur Offenhaltung der Verkaufsstellen in Büderich das Ergebnis der Änderung der Zentralen Versorgungsbereiche im Einzelhandelskonzept sei. Dem ist nicht so.

23 Wahl eines persönlichen Stellvertreters für ein stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: BJ/1403/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt, Herrn Hans Günter Focken als persönlichen Stellvertreter für das stimmberechtigte Mitglied, Herrn Jürgen Eimer, in den Jugendhilfeausschuss zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

24 Wahl von zwei stellvertretenden beratenden Mitgliedern für den Ausschuss für Schule und Sport
Vorlage: BJ/1420/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, Frau Anja Jerusalem und Herrn Andreas Trojan als persönliche/n Stellvertreter/in für das ordentliche beratende Mitglied Frau Antje Schwarzburger in den Ausschuss für Schule und Sport zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**25 Besetzung von Ausschüssen mit Vertretern des Seniorenbeirates als beratende Mitglieder
gem. § 58 Abs. 4 GO NRW
Vorlage: BJ/1365/2021**

Beschluss:

Der Rat beschließt, Herrn Oswald Hepner als ordentliches beratendes Mitglied und Frau Inge Rose als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Sozialausschuss zu bestellen.

Der Rat beschließt ferner, Herrn Hubert Kräling als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Hans Thomes als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Ausschuss für Planung und Liegenschaften zu bestellen.

Der Rat beschließt, dem Seniorenbeirat ebenso im Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau einen beratenden Platz für ein ordentliches Mitglied und für ein stellvertretendes Mitglied zu gewähren.

Der Rat beschließt, Herrn Hans Thomes als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Hubert Kräling als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

26 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

**26.1 Gemeinsame Resolution aller Fraktionen bzgl. "Modellregion NahFAIRkehr"
Vorlage: BJ/0372/2021**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch verabschiedet die Resolution zur Modellregion NahFAIRkehr für einen zukunftsweisenden, nachhaltigen und solidarischen Nahverkehr im Rhein-Kreis Neuss.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	25		
SPD	7		1
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	14		
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Ratsherr Weyen (parteilos)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	56		1

Ratsherr Hasebrink führt zu den Inhalten der Resolution aus. Es handle sich beim Bündnis „NahFAIR-kehr“ um ein parteiübergreifendes Bündnis aus Grevenbroich. Zielsetzung der Resolution sei es, den Rhein-Kreis Neuss als Modellregion zur Förderung eines günstigen Nahverkehrs zu etablieren.

Ratsherr Quaß weist in diesem Zusammenhang drauf hin, dass ein erheblicher Teil der Problematik die zu hohen Ticketpreise für die Routen zwischen Meerbusch nach Düsseldorf beträfe. Die Stadt Neuss habe vor dem Hintergrund der gleichen Problematik bereits vor rund zwei Jahren eine Initiative gestartet, um Verbindungen von Neuss nach Düsseldorf in der niedrigsten Preisstufe anzubieten. Dem sollte sich die Stadt Meerbusch anschließen.

Hierzu führt Technischer Beigeordneter Assenmacher aus, dass Verhandlungen zu diesem Thema gestartet wurden, zentraler Knackpunkt seien die Kilometer-Preise für Bus und Bahn. Hierzu stünde der Rhein-Kreis aktuell mit der Rheinbahn in Verhandlungen.

Ratsherr Banse weist darauf hin, dass eine zwanghafte Senkung der Ticketpreise ohne Gegenfinanzierung zu einer Einschränkung des ÖPNV-Angebotes führen könne.

Ratsherr Peters weist auf die zentrale Zielsetzung eines attraktiven ÖPNV durch niedrige Ticketpreise hin.

Im Resolutionstext seien noch einzelne redaktionelle Änderungen anzupassen. Dem wird zugestimmt.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass die Stadt Düsseldorf seit Kurzem einen Dezernenten für Verkehr habe. Erste Gespräche zwischen den Städten Neuss, Düsseldorf und Meerbusch seien mit ihm bereits geführt worden. Alle Anrainerkommunen der Stadt Düsseldorf sollten bald zu einem gemeinsamen Treffen eingeladen werden, um über einen „ÖPNV-Pakt“ zur Steigerung der Attraktivität zu beraten.

Auf Nachfrage weist Ratsherr Damblon darauf hin, dass die Resolution an den Rhein-Kreis gerichtet sei. Dort würden die Resolutionen des Kreises und seiner Städte und Gemeinden gesammelt und sodann geschlossen an den Aufgabenträger des ÖPNV weitergeleitet.

27 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

28 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Rat nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Weiterhin berichtet die Verwaltung zu folgenden Themen:

Kapazitätserweiterung am Flughafen Düsseldorf

Jusitziar Dr. Saturra führt aus, dass der Bürgermeister ein Schreiben an den Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen gerichtet habe, in dem zur Übermittlung der aktualisierten Gutachten zur Kapazitätserweiterung sowie zur Schaffung einer Möglichkeit der Stellungnahme der Stadt als betroffener Beteiligter aufgefordert werde. Dies entspreche dem vereinbarten Vorgehen aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses.

Tempo 30 auf Laacher Weg und Römerstraße / Modellversuch

Technischer Beigeordneter Assenmacher und Justizar Dr. Saturra führen aus, dass kürzlich ein Termin beim Verkehrsministerium hinsichtlich der Genehmigung und Umsetzung eines Modellversuches für Tempo 30 oder Tempo 40 an der Römerstraße sowie am Laacher Weg stattgefunden habe. Die seinerzeitigen Beschlüsse des Fachausschusses zur Anordnung von Tempo 30 seien bekanntermaßen gerichtlich gekippt worden. Im Zuge des Termins sei durch das Ministerium erläutert worden, dass die Stadt Meerbusch nicht an einem möglichen Modellversuch teilnehmen könne. In einzelnen größeren Kommunen sei dies beabsichtigt, dies basiere jedoch u.a. auf Gesichtspunkten der vorhandenen Lärm- und Feinstaubbelastung. Dies sei auf den betroffenen Straßen nicht in ausreichendem Maße gegeben.

Aufgrund der Ausführungen des Ministeriums zu den Voraussetzungen möglicher Temporeduzierungen durch Lärm-, Feinstaub oder die allgemeine Verkehrsbelastung sollten nunmehr die Necklenbroicher Straße und Dorfstraße sowie die Xantener Straße und die Meerbuscher Straße hinsichtlich der Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung untersucht werden. Hier seien jedoch der Rhein-Kreis Neuss bzw. das Land NRW weitergehend zu beteiligen, weshalb eine mögliche Umsetzung nur nach einem langwierigen Prozess angestrebt werden könne.

Einbau von stationären Lüftungsanlagen in Grundschulen und Kindertagesstätten

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet zum aktuellen Sachstand. Die ersten Ausschreibungen zum Einbau der Anlagen seien durchgeführt, der Beginn der Arbeiten sei für Anfang kommenden Jahres terminiert. Parallel werde derzeit ein Zeit- und Ablaufplan mit den Schulen erarbeitet. Sofern alle Arbeiten planmäßig durchgeführt werden könnten, könne eine Fertigstellung in Richtung Mai / Juni 2022 avisiert werden.

Aktionswoche „Gelbe Karte“ für Falschparker

Erster Beigeordneter Maatz führt aus, dass der novellierte und deutlich verschärfte Bußgeldkatalog für Vergehen im Straßenverkehr in Kürze in Kraft trete. Die Verwaltung plane in diesem Zusammenhang für November eine konzertierte Aktion, bei der Falschparker, insbesondere auf Rad- und Gehwegen, per gelber Karte ermahnt und auf die verschärften Regelungen hingewiesen würden.

Ratsherr Bertholdt ergänzt, dass diese Aktion ursprünglich bereits für das Frühjahr im Rahmen vermehrten Radverkehrs geplant gewesen sei und erkundigt sich, ob die Aktion entsprechend im kommenden Jahr wiederholt werden könne. Dem wird zugestimmt.

Entwicklungsgebiet „Kalverdonk“

Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass am 30.10.21 die Bürgerbeteiligung zur Entwicklung des Baugebietes „Kalverdonk“ in Osterath beginne. Hierzu seien rund 170 Anmeldungen von Interessierten und Stakeholdern eingegangen. Darüber hinaus werde ein Live-Stream angeboten.

Auf Hinweis des Ratsherrn Bertholdt, dass politisch zur Entwicklung des Gebietes noch keine weitergehenden Beschlüsse gefasst worden seien weist Bürgermeister Bommers darauf hin, dass im Rahmen der Veranstaltung keine konkreten Inhalte und Planungen vorgestellt und diskutiert würden. Entscheidungen der Politik würden demnach in keinster Weise vorweggenommen. Vielmehr gehe es um eine Information und frühzeitige Beteiligung der Bürgerschaft bei der Planung und Umsetzung des Projektes.

30 **Verschiedenes**

Gendergerechte Sprache im Ortsrecht

Ratsfrau Niegeloß weist darauf hin, dass im Ortsrecht der Stadt Meerbusch ausschließlich die männliche Form verwendet werde. Ein etwaiger Beschluss hierzu, der vor einigen Jahren gefasst worden sein soll, könne nicht aufgefunden werden. Sofern dieser existiere, solle er den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden.

Neubau des Stadtarchivs

Ratsherr Bertholdt weist darauf hin, dass der Archivar im Rahmen eines Presseartikels über den Umzug des Archivs geäußert habe, dass der Neubau zu klein sei. Bürgermeister Bommers führt hierzu aus, dass die Sorge des Archivars im Zuge des Umzugs entstanden sei. Die Größe des Archivs sei zuvor jedoch erörtert worden und ausreichend. Zudem sei es zentrales Ziel, Archivgut zu digitalisieren.

Stand des Glasfaserausbau

Auf Nachfrage zum Sachstand der Nachfragebündelung der Deutschen Glasfaser zum Ausbau der Infrastruktur in Meerbusch und möglicher Alternativen, sofern ein Ausbau nicht erfolge, erläutert Bürgermeister Bommers, dass der Ausbau in Deutschland grundsätzlich privatwirtschaftlich erfolge. Die Relevanz des Glasfaserausbau für die künftige Infrastruktur werde dabei von vielen Menschen leider nicht erkannt. Es habe daher verschiedene unterstützende Werbemaßnahmen der Verwaltung gegeben. Inwiefern die Nachfragebündelung durch die Deutsche Glasfaser über den 01.11.21 hinaus verlängert werde, sei nicht bekannt.

Meerbusch, den 4. November 2021

Christian Bommers
Bürgermeister

Patrick Wirtz
Schriftführer